

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

10. Sitzung

am Donnerstag, dem 8. Februar 2001, 14:00Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

in Vertretung von Jost de Jager

Caroline Schwarz (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Hermann Benker (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mitteilungen	5
2. Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/625	
3. a) Förderung der Biotechnologie	7
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/119	
b) Förderung der Gentechnik	
Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/386	
c) Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/523	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/534	
4. Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 HSG n.F. - Universitätsklinika -	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/555	
5. Bericht des Bildungsministeriums über das Einstellungsverfahren von Lehrkräften	10

- | | |
|---|-----------|
| 6. Aufruf des Bildungsministeriums an Kieler Gymnasien und Gesamtschulen zur Teilnahme am Schreibwettbewerb der SPD-Arbeitsgemeinschaft „60plus“ | 11 |
| 7. Verschiedenes | 13 |

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mitteilungen

- a) Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, mit der **Anhörung** zur Weiterentwicklung der **Hauptschule** am 1. März 2001 bereits um 11 Uhr zu beginnen, an diesem Tag auf eine reguläre Beratungssitzung zu verzichten und an der Jahrestagung des Philologenverbandes nicht teilzunehmen.

- b) Der Ausschuss fasst ins Auge, in der nächsten ordentlichen Ausschusssitzung, am 3. Mai 2001, ein Gespräch mit den Vorsitzenden der Kommission Weiterbildung über den Bericht der Landesregierung zur Zukunft der **Weiterbildung** in Schleswig-Holstein, Drucksache 15/515, zu führen und einen Bericht der Bildungsministerin über das Projekt „Weiterentwicklung der Beruflichen Schulen zu regionalen Berufsbildungszentren“ entgegenzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/625

(überwiesen am 26. Januar 2001 an den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. Schwarz zu den Maßnahmen im Schulbereich beantwortet Herr Behrens dahin, die entwickelten und durchgeführten Maßnahmen stießen generell auf eine äußerst positive Resonanz; für eine exakte Evaluation sei es allerdings noch zu früh.

Abg. Birk appelliert, die Themen Sexualität und gleichgeschlechtliche Lebensformen stärker als bisher in der Lehrerbildung zu verankern.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zustimmend abschließend zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Förderung der Biotechnologie

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/119

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

b) Förderung der Gentechnik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/386

(überwiesen am 16. November 2000 an den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss; Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)

c) Technikfolgenabschätzung und Gentechnologie

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/523

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/534

(überwiesen am 16. November 2000 an den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss; Beratung im Rahmen des Selbstbefassungsrechts)

Abg. Weber erklärt, die SPD-Fraktion lehne den F.D.P.-Antrag Drucksache 15/119 in der vorliegenden Fassung ab, weil ein vorbehaltloser Einsatz der so genannten grünen Gentechnik unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Landwirtschaft und dem Gesichtspunkt der Verantwortbarkeit nicht akzeptabel sei.

Auch Abg. Birk problematisiert die Auswirkungen der Gentechnologie auf die Menschheit und legt den Fokus auf die Technikfolgenabschätzung (Antrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 15/523).

Abg. Dr. Klug weist auf die bereits vor zwei Jahren veröffentlichte Stellungnahme der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu Perspektiven der Genomforschung hin, wonach man bei der Bekämpfung von Krankheiten wie Aids oder BSE nur mithilfe der Gentechnik weiterkommen könne. Der Einsatz der grünen Gentechnik könne gerade auch unter ökologischen

Aspekten nutzbringend sein und einen Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung leisten. Es wäre fatal, wenn Deutschland als führende Wirtschafts- und Wissenschaftsnation mit seinen relativ hohen Sicherheitsstandards im Bereich der Gentechnologie die Entwicklung verschlafen würde, während gleichzeitig in anderen Staaten gentechnisch veränderte Organismen ohne Vorbehalte freigegeben würden.

Auf Anregung von M Erdsiek-Rave und Abg. Dr. Klug kommt der Ausschuss überein, in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht des Ministeriums über Forschungsaktivitäten im Bereich Bio- und Gentechnologie entgegenzunehmen. Die Ministerin weist in diesem Zusammenhang auf die den Ausschussmitgliedern Ende November 2000 zugegangene CD-ROM „Wissenschaftsprofil Norddeutschland“ hin.

Der F.D.P.-Antrag Drucksache 15/119 wird mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung an den Landtag gemäß § 126 HSG n.F.
- Universitätsklinika -**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/555

(überwiesen am 25. Januar 2001 an den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Zur Entwicklung beziehungsweise geplanten Zusammenführung beider Universitätsklinika zu einer neu zu bildenden Anstalt „Universitätsklinikum Schleswig-Holstein“ teilt M Erdsiek-Rave mit, beabsichtigt sei, im März ein Eckpunktepapier an die beiden Klinika zu versenden, das Gegenstand einer Sondersitzung des Aufsichtsrates sein werde, bis zum November einen Referentenentwurf zu erarbeiten, im Mai 2002 einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen und das Gesetz zum 1. Januar 2003 in Kraft treten zu lassen. Trotz der bemerkenswerten Bilanzen der 1999 verselbstständigten Klinika müssten angesichts sich verschärfender Kostenrisiken im Gesundheitsbereich schnellstmöglich weitere Strukturveränderungen vorgenommen werden; das vom SSW geforderte Evaluationsgutachten, das viel Zeit koste, könne nicht abgewartet werden. Im investiven beziehungsweise baulichen Bereich, in dem insbesondere bei der Bauunterhaltung ein Investitionsstau zu beklagen sei, sei vieles im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau auf den Weg gebracht worden. Die Mittel für den Hochschulbau würden wieder hochgefahren und wahrscheinlich stärker als in der Vergangenheit wieder im medizinischen Bereich eingesetzt.

Abg. Birk erwartet von der Landesregierung, in den Prozess der weiter gehenden Strukturveränderungen auch die Pflegenden und Studierenden frühzeitig einzubinden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über das Einstellungsverfahren von Lehrkräften

RL Sieck berichtet über das Einstellungsverfahren von Lehrkräften (Umdruck 15/742). Auf Fragen aus dem Ausschuss antworten sie und M Erdsiek-Rave, die Bewerber erhielten auf ihre Bewerbung eine Eingangsbestätigung in der Regel innerhalb einer Woche. Die Besetzung von Stellen sei in bestimmten Regionen und bestimmten Fächern besonders schwierig. Für die Anstellung entscheidend sei die nachgefragte Fächerkombination und sodann der Grundsatz der beamtenrechtlich vorgeschriebenen Bestenauslese. Die beim IPTS zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze für Mangelfächer (zum Beispiel Kunst) seien besetzt; die Ausbildungskapazitäten in der zweiten Phase der Lehrerausbildung müssten mit Blick auf den weiter steigenden Bedarf weiter erhöht werden. Wenn Bewerber mit Mangelfächern möglicherweise auf einen Referendarplatz warten müssten, sei dies im Wesentlichen auf die Fächerkombination zurückzuführen.

Das Projekt Dezentralisierung der Lehrpersonalverwaltung werde im Bereich der berufsbildenden Schulen flächendeckend, im Bereich der Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulen in sechs Kreisen erfolgreich durchgeführt. Eine generelle Verlagerung der Aufgaben der Lehrpersonalverwaltung vom Ministerium auf die Schulen beziehungsweise Schulämter werde derzeit allerdings auch mit Blick auf die Kosten einer entsprechenden IT-Vernetzung nicht verfolgt. Der Prozess der Vorausberechnung der frei werdenden, zu besetzenden Lehrerstellen sei mit erheblichen Unwägbarkeiten behaftet (Stichworte: Frühpensionierung infolge von Dienstunfähigkeit, Altersteilzeit).

Abg. Eisenberg bittet das Ministerium, den Ausschuss schriftlich darüber zu unterrichten, wie viele WiPo-Lehrkräfte das Land in den letzten Jahren ausgebildet und eingestellt habe.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Aufruf des Bildungsministeriums an Kieler Gymnasien und Gesamtschulen zur Teilnahme am Schreibwettbewerb der SPD-Arbeitsgemeinschaft „60plus“

M Erdsiek-Rave erklärt, sie bedaure den Vorgang und habe das Anschreiben des Kultusministeriums an Kieler Gymnasien und Gesamtschulen, mit dem die Schulen über einen Schreibwettbewerb der SPD-Arbeitsgemeinschaft „60plus“ informiert worden seien, unmittelbar, nachdem sie und St Dr. Stegner von dem Vorgang durch die Presseerklärung der CDU Kenntnis erlangt hätten, zurückgezogen. Das vom zuständigen Bearbeiter des Ministeriums verfasste Schreiben sei der Abteilungsleitung sowie dem Stabsstellenleiter zur Kenntnis gegeben worden.

Als Ergänzung zur 6. Sitzung des Bildungsausschusses am 23. November 2000 stellt Abg. Dr. Klug zum Thema „**Parteilpolitische Betätigung an öffentlichen Schulen**“ klar, dass er Vorgänge wie die in Rede stehende Weiterleitung des Schreibens zur Teilnahme an einem Schreibwettbewerb für unproblematisch und nicht für einen Verstoß gegen die parteipolitische Zurückhaltung des Lernortes Schule halte. Er regt an, die diesbezügliche Bekanntmachung des Bildungsministeriums vom 9. Oktober 2000 mit Blick auf die Praxis zu überarbeiten und „nicht päpstlicher zu sein als der Papst“.

Auch die Vertreter der CDU plädieren dafür, sich über eine Neufassung der rechtlichen Bestimmungen (§ 49 des Schulgesetzes) Gedanken zu machen. - Abg. Storjohann problematisiert die Abgrenzung verschiedener „politischer“ Betätigungen und hält es für nicht vertretbar, die Tätigkeiten von politischen Parteien derart restriktiv zu handhaben, während Organisationen im vorpolitischen Raum wie beispielsweise Greenpeace an Schulen präsent sein dürften.

Demgegenüber warnt M Erdsiek-Rave - unterstützt von Abg. Spoorendonk - mit Blick auf die Aktivitäten rechtsextremistischer Parteien davor, die bestehenden schulgesetzlichen Regelungen zur parteipolitischen Einflussnahme an Schulen zu lockern.

Abg. Birk macht darauf aufmerksam, dass man sich im Rahmen zunehmender Autonomie und Öffnung der Schulen generell über das Verhältnis von Schule und Öffentlichkeit Gedanken machen müsse (Werbung, Internet, politische Parteien), und setzt in diesem Prozess auf die Demokratisierung der Schulen und wachsame Schülervvertretungen.

Abg. Weber begrüßt namens der SPD-Fraktion, die Thematik in absehbarer Zeit aufzugreifen und einer sachlichen Erwägung zuzuführen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Eisenberg bittet namens der CDU-Fraktion um einen Sachstandsbericht zur Zukunft des **Kieler Schlosses**.

- b) Auf eine weitere Frage von Abg. Eisenberg zur Berufung des Leiters der **Kieler Kunsthalle** macht M Erdsiek-Rave in der Sache keine Aussage.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer